

W WELS Büro des Bürgermeisters	
Eingel. am	05 April 2024 15:50
Tab.Nr.	41324

Wels, am 4. April 2024

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 18 Absatz 5 StW. 1992 iVm § 7 GOGR

Die FPÖ-Fraktion stellt gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. „Der Dringlichkeitsantrag entspricht den Formerfordernissen nach § 7 Abs. 1 GOGR.“
2. "Der Gemeinderat möge die nachstehende Resolution beschließen."

RESOLUTION

an den Nationalrat und den Bildungsminister:

Der Bildungsminister Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek wird ersucht, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um raschestmöglich zu prüfen, ob in Wels der Bedarf für ein weiteres Gymnasium besteht. Im Fall eines Bedarfs soll die Errichtung eines Gymnasiums raschestmöglich in Angriff genommen werden.

Begründung:

Derzeit befinden sich in Wels 2.985 Schüler in einer AHS. Allerdings gibt es insgesamt nur drei öffentliche Gymnasien bzw. ein Privatumnasium, in dem die Kinder auch die Unterstufe besuchen können. Die Anmeldefristen für den Besuch der gymnasialen Unterstufe sind im Februar/März allesamt abgelaufen. Dabei hat sich ergeben, dass mehrere hunderte Schüler abgewiesen werden mussten.

Dies führt dazu, dass Kinder trotz hervorragender Noten nicht die Möglichkeit bekommen werden, ein Gymnasium zu besuchen und daher auf den Besuch einer neuen Mittelschule verwiesen sind. Viele Eltern befürchten, dass aufgrund des hohen Migrationsanteils in den Mittelschulen und der in diesem Zusammenhang stehenden fehlenden Deutschkenntnisse das Ausbildungsniveau nicht im gleichen Umfang gewährleistet werden kann wie in einem Gymnasium. Auch der Lehrkörper in den neuen Mittelschulen erhält nicht die notwendige Unterstützung, um Bildungsdefizite der Kinder auszugleichen. Dieser Zustand ist untragbar. Wenn man Bildungsgerechtigkeit ernst nimmt, dann muss es auch weiterhin möglich sein, dass jeder nach seinen Fähigkeiten in der Schulform seiner Wahl unterrichtet wird.

Wels braucht daher nach den bisher vorliegenden Informationen ein weiteres Gymnasium, damit der steigende Bedarf an Schülern, die ein Gymnasium besuchen wollen, gedeckt werden kann. Der zuständige Bundesminister sollte daher raschestmöglich alle Schritte ergreifen, um die Neuerrichtung eines Gymnasiums umzusetzen.

Berichtersteller: GR Mag. Paul Hammerl



19 JA (FPÖ, NEOS, MFG)
15 ENTHALTUNGEN
(SPÖ, ÖVP, GRÜNE)

Beschluss des Gemeinderates

vom **8. April 2024**
Antrag

einstimmig - mit Stimmenmehrheit
angenommen - ~~abgelehnt~~ - ~~zurückgestellt~~

Der Vorsitzende:

